



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

Almanya Programm



März 2010

Pressemonitoring türkischer Printmedien

## **DEUTSCHE INTEGRATIONSPOLITIK IM SPIEGEL TÜRKISCHER TAGESZEITUNGEN**

### **1. Deutsche Islamkonferenz**

*Personelle Veränderungen · Thematische Ausrichtung · Kritik und Zuspruch*

### **2. Islam in Deutschland**

*Imamausbildung · Islamische Lehrstühle · Medien über Islam · Moscheen*

### **3. Ausländerrechte in Deutschland**

*Staatsbürgerschaft · Diplomanerkennung · Visapflicht · Kindergeld*

### **4. Studien und Berichte über Integration**

*Diskriminierung · Zugehörigkeitsgefühl · Abwanderung*

### **5. Türkei-Besuch der Bundeskanzlerin**

*Positive Signale · Türkische Schulen · Mitgliedschaft oder Partnerschaft*

### **6. Deutsch-türkische Lebenswelten**

*Lehrer mit Migrationshintergrund · Filmfestival*

#### **Impressum**

Redaktion: Danja Bergmann

Verfasser: imap Institut für interkulturelle Management und Politikberatung, Düsseldorf. Der Almanya-Pressespiegel erscheint mit zehn Ausgaben pro Jahr und kann unter <http://www.kas.de/wf/de/21.70/ac.doc/> abgerufen werden. Die Inhalte geben nicht die Meinung des Herausgebers wieder, sondern bilden Positionen von in Deutschland erscheinenden türkischen Tageszeitungen ab.

## 1. Deutsche Islamkonferenz

**Die Deutsche Islamkonferenz wird dieses Jahr erstmalig im Mai einberufen. Mit der Bekanntgabe der neuen Konferenzstruktur sowie der Veränderungen bei den Konferenzteilnehmern durch Bundesinnenminister Thomas de Maizière wurde eine hitzige gesellschaftliche Debatte entfacht. Insbesondere die konservativen und islamischen Zeitungen griffen die Berichterstattung über die Islamkonferenz fast täglich auf.**

Am 03.03. berichtet die **SABAH** über die personellen Veränderungen der für Mai geplanten Deutschen Islamkonferenz. Den Angaben der Zeitung zufolge werden Necla Kelek, Seyran Ateş sowie Ezhar Cezairli, die bei der ersten Konferenz anwesend waren, der zweiten Konferenz nicht beiwohnen. Während die Islamische Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG) gar nicht eingeladen wurde, wurde dem Islamrat eine „ruhende Mitgliedschaft“ angeboten, so die Zeitung.

**HÜRRIYET** (05.03.) zitiert den Bundesinnenminister mit den Worten: „Ich setze mich nicht an den gleichen Tisch!“. Als Grund für diese ablehnende Haltung habe de Maizière die Terrorverdächtigungen sowie die Vorwürfe der Steuerhinterziehung gegen die IGMG angegeben, die in jüngster Zeit bekannt geworden waren. „Eine Zusammenkunft ohne den Islamrat verdient nicht den Namen ‚Islamkonferenz‘“, habe der IGMG-Vorsitzende Oğuz Üçüncü kritisiert. Laut dem Islamratsvorsitzenden Kizilkaya ist das Angebot der „ruhenden Mitgliedschaft“ für den Islamrat, dem als Dachverband auch die IGMG angehört, absolut inakzeptabel, berichtet die **HÜRRIYET** weiter. Der Islamrat habe in der Vergangenheit wichtige Beiträge zur Konferenz geleistet und sein Fehlen bei der jetzigen Konferenz werde eine große Lücke hinterlassen, so Kizilkaya weiter. Es wäre von Grund auf falsch, den Islamrat, der einen Dachverband wichtiger muslimischer Interessen darstellt, bei der Islamkonferenz außen vor zu lassen. Weiterhin berichtet die Zeitung, dass viele Einzelpersonen, die an der letzten Konferenz teilgenommen hatten, bei der Islamkonferenz 2010 dem Innenminister direkt beratend zur Seite stehen und so auch weiterhin einen Beitrag zur Konferenz leisten werden. Zu diesen Personen gehören u.a. Necla Kelek, Seyran Ateş, Ezhar Cezairli und Nihat Sorgeç. Ähnliches ist in der **ZAMAN** (08.03.) zu lesen.

Den insgesamt kritischen Stimmen zur Neuordnung der Islamkonferenz steht in der **HÜRRIYET** (05.03) die Meinung des FDP-Bundestagsabgeordneten Serkan Tören, integrationspolitischer Sprecher seiner Fraktion, gegenüber. Tören glaubt, dass die Islamkonferenz in ihrer neuen Aufstellung zu noch besseren Ergebnissen führen werde. Aufgrund der personellen Veränderungen in der Teilnehmerschaft werde die Arbeit der Konferenz von einer sehr theoretischen auf eine eher praktische und ergebnisorientierte Ebene transferiert, so Tören.

Die **ZAMAN** (08.03.) informiert über die Einzelthemen, die im Rahmen der Islamkonferenz intensiv angegangen werden sollen: Hierzu zählen u.a. die Frage nach islamischem Religionsunterricht an deutschen Schulen und dem dazu notwendigen Lehrpersonal, die Ausbildung von Imamen, die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie die Unterscheidung und Grenzziehung zwischen dem Islam und radikalem Islamismus.

Am 09.03. behandelt die **ZAMAN** in einem kritischen Kommentar „das Staatsprojekt Islamkonferenz“. Es wird das Demokratiedefizit der Konferenz bemängelt, da der Staat die Federführung innehat und somit auch Teilnehmer, Themen sowie die Hierarchie der Tagesordnungspunkte bestimmt. Die **ZAMAN** (15.03.) verkündet auf ihrer Titelseite, dass der Koordinierungsrat der Muslime (KRM) an Repräsentationskraft dazu gewonnen habe, nachdem er mit einem Ausstieg aus der Konferenz gedroht hatte. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Schäuble habe de Maizière Wichtigkeit und Repräsentationskraft des Koordinierungsrates anerkannt und festgestellt, dass dieser etwa ein Viertel der Muslime in Deutschland repräsentiere, so die Zeitung.

Die **HÜRRIYET** (19.03.) meldet, dass an diesem Freitag der Koordinierungsrat in Köln endgültig darüber entscheiden werde, ob er an der Deutschen Islamkonferenz teilnehmen werde. Doch wurde die Entscheidung erneut vertagt. Am 17.03. nimmt Prof. Dr. Bülent Uçar in der **ZAMAN** zu den Diskussionen um die Islamkonferenz kritisch Stellung: Uçar kritisiert, dass der Islamrat von der Teilnahme an der Konferenz suspendiert wurde, wo er doch einen großen Teil der muslimischen Gemeinde in Deutschland repräsentiere. Dieser Schritt sei ein großer Fehler gewesen und die Konferenz werde ohne die Teilnahme des Islam-

rates ihren Sinn verlieren, so der Professor weiter. Wenn nun auch noch der KRM seine Teilnahme absage, sei es endgültig unmöglich, auf der Islamkonferenz sinnvolle Ergebnisse zu erzielen. Uçar rät dem KRM dazu, seine Kritik an der Situation in einem bilateralen Hintergrundgespräch an die Zuständigen im Innenministerium heranzutragen, um so einvernehmlich zu einem Ergebnis zu kommen.

Unter dem Titel „Wendepunkt in der Gewinnung von Muslimen in Deutschland“ berichtet die **ZAMAN** am 23.03. kritisch über die Islamkonferenz. Zunächst werden die zahlreichen positiven Schritte der deutschen Regierung in Richtung des interreligiösen Dialogs gelobt: u.a. die Schaffung und Fortführung der Deutschen Islamkonferenz und die Integrationsgipfel. Diese seien ein Zeichen deutscher „Willkommenskultur“ in Bezug auf den Islam gewesen. Die jüngsten Entwicklungen in der Diskussion um die Deutsche Islamkonferenz hingegen bezeichnet der Autor als „Wendepunkt in der Gewinnung der Muslime in Deutschland“. Der KRM sei durch das Vorgehen gegen die IGMG und den Islamrat in eine schwierige Position gedrängt worden. Der Autor zweifelt die Integrität der Konferenz an und begründet dies mit der „Beförderung“ von Kelek und Ateş zu persönlichen Beraterinnen von de Maizière.

Am 24.03. verkündet die **ZAMAN**, dass die Entscheidung der Islamverbände über die Teilnahme an der Konferenz endlich gefallen sei. Die DITIB und der Verband Islamischer Kulturzentren (VIKZ) hätten sich letztlich dazu entschieden, an der Islamkonferenz teilzunehmen, so die Zeitung. Die Organisationen gaben jedoch gleichzeitig an, dass sie bereits das Vorbereitungstreffen dazu nutzen werden, ihre Unzufriedenheit mit den jüngsten Ereignissen in der Vorbereitung der Deutschen Islamkonferenz zu äußern. Der Zentralrat der Muslime hingegen habe seine Teilnahme unter Vorbehalt einer möglichen Änderung vorerst abgesagt.

## **2. Islam in Deutschland**

**Die Ausbildung von Imamen und die Errichtung islamischer Lehrstühle an deutschen Hochschulen ist weiterhin ein wichtiges Thema in der türkischen Presse. Außerdem wurde der gesellschaftlichen Wahrnehmung des Islams und der Rolle von Frauen in Moscheevorständen große Aufmerksamkeit geschenkt.**

### **Imamausbildung**

Die **HÜRRIYET** berichtet am 09.03. über den Vorschlag einer neuen Maßnahme seitens des DITIB-Vorstandes, um den europäischen Bedarf an Imamen abzudecken: In Deutschland aufgewachsene türkischstämmige Jugendliche sollen in der Türkei eine theologische Ausbildung erhalten. Hierzu sollen sie ohne Aufnahme-tests direkten Zugang zu Studienplätzen an theologischen Fakultäten von Universitäten in Istanbul und Ankara erhalten. Voraussetzung sind lediglich der Schulabschluss einer weiterführenden deutschen Schule sowie gute Kenntnisse der türkischen Sprache. Nach Abschluss der Ausbildung in der Türkei sollen die neuen Imame von der DITIB an entsprechende Moscheevereine in Deutschland vermittelt werden. Bei Erfolg könnte das Verfahren auch auf andere europäische Länder ausgeweitet werden, so die Zeitung weiter.

### **Islamischer Lehrstuhl an der Universität Osnabrück**

Am 02.03. informiert die **ZAMAN** über eine Podiumsdiskussion zum Thema „Imamausbildung in Deutschland“ an der Universität Osnabrück, an der u.a. der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann und Prof. Dr. Bülent Uçar von der Universität Osnabrück teilnahmen. Schünemann kündigte an, dass einer der islamischen Lehrstühle, deren Errichtung vor kurzem vom Wissenschaftsrat empfohlen worden war, bald an der Universität Osnabrück gegründet wird. Außerdem werde es bereits ab dem Wintersemester 2010 eine Art einjähriges Ausbildungsprogramm für Imame geben, die ihren Dienst in Deutschland antreten werden. Das Programm deckt drei Felder ab: Spezielle Sprachkurse, so dass auch religiöse Themen auf Deutsch kommuniziert werden können; Kurse über die deutsche Geschichte und das politische, rechtliche wie auch gesellschaftliche System Deutschlands; und zuletzt ein pädagogisches Modul zur Arbeit in religiösen Gemeinden sowie im interreligiösen Dialog. Die Universität Osnabrück ver-

folge damit das Ziel, islamische Theologie als Äquivalent zur katholischen und protestantischen aufzustellen und sie als vereinbar mit Menschenrechten und Demokratie zu präsentieren, so die Zeitung.

### **Fehlende Objektivität der Medien**

Die **ZAMAN** berichtet am 13.03. über die Konferenz „Der Platz des Islams in den Medien“ in Lünen, bei der Dr. Sabine Schiffer, Leiterin des Erlanger Instituts für Medienverantwortung, Gastrednerin war. Die Medienwahrnehmung in Bezug auf den Islam sei sehr selektiv und subjektiv, sagte Schiffer. Die Institutsleiterin wies darauf hin, dass die deutschen Medien voreingenommen über den Islam seien. Somit werde sowohl der gesellschaftliche Diskurs als auch die allgemeine Wahrnehmung des Islams in Deutschland maßgeblich negativ beeinflusst, so Schiffer weiter.

### **Moscheebau in München**

Die **ZAMAN** (17.03) behandelt auf der Titelseite die Stellungnahme des Münchener Oberbürgermeisters Christian Ude zum geplanten Moscheebau in München. Ude beteuerte, dass für ihn der Bau der Moschee aus integrationspolitischer Perspektive oberste Priorität genieße und dass er sich in den vergangenen Jahren sehr für den Bau eingesetzt habe. Die Politik habe sich maßgeblich an der Suche nach einem geeigneten Ort für die Errichtung der Moschee sowie der Erteilung der Baugenehmigung beteiligt. Bedauerlicherweise sei Medienberichten zufolge die DITIB selbst vom Vorhaben zurückgetreten, so Ude weiter.

### **Lange Nacht der Museen in Mannheim**

„Deutsche rennen in die Moscheen“ titelt die **TÜRKIYE** am 22.03. Der Bericht bezieht sich auf die Lange Nacht der Museen, die in Mannheim vom 22. auf den 23. März stattgefunden hat. In der Nacht stellte die Mannheimer Yavuz Sultan Selim Moschee mit 11.000 Besuchern einen neuen Besucherrekord auf, so die Zeitung.

### **Frauen in die Führungsebenen von DITIB**

Anlässlich des Weltfrauentages schreibt die **ZAMAN** (11.03.) über ein Treffen weiblicher DITIB-Vorstandsmitglieder sowie der Leiterinnen der Frauenabteilun-

gen aus verschiedenen DITIB-Moscheen. Bei dem Treffen in der DITIB-Zentrale rief Ayten Kılıçarslan, ehemaliges Vorstandsmitglied, Frauen dazu auf, vermehrt an politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten teilzunehmen. Auch sollten sie sich in den Führungspositionen von Moscheen mehr einbringen, um so auch weitere Frauen zum gemeinschaftlichen Engagement zu ermutigen, so Kılıçarslan weiter.

### **Kein Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst**

Am 10.03. berichtet die **ZAMAN** über Aussagen von Bundesinnenminister de Maizière zum Thema religiöse Symbole. Laut dem Minister mache es keinen Sinn, das Kopftuch im öffentlichen Dienst zu verbieten. Je mehr man versuche, religiöse Symbole im Allgemeinen aus dem täglichen Leben zu verbannen, desto mehr wachse auch der Druck auf christliche Symbole. Er differenzierte zwischen Kopftuch und Burka und sagte, dass Letztere in Deutschland nur sehr selten getragen werde. Außerdem könne sich de Maizière durchaus vorstellen, dass eine Frau, die das Kopftuch aus religiösen Gründen trage, im Bundesinnenministerium arbeiten könne, zitiert ihn die Zeitung weiter.

### **Ehrenmorde sind kein islamisches Phänomen**

Unter der Titel „Was haben Ehrenmorde mit dem Islam zu tun?“ behandelt die **ZAMAN** am 01.03. eine Podiumsdiskussion zum Thema Islam, die in Berlin stattfand. Diskutanten waren u.a. der Berliner Innensenator Ehrhart Körting, das ehemalige DITIB-Vorstandsmitglied Ayten Kılıçarslan sowie Claudia Dantschke von der Berliner Gesellschaft für Demokratische Kultur. Zunächst äußerte sich Innensenator Körting zu Ehrenmorden und Zwangsheiraten: „Beides muss aus der Diskussion um den Islam völlig herausgehalten werden, weil sie nichts mit dem Islam zu tun haben. Beides gibt es auch bei den Bandidos!“. Laut Körting müsse man außerdem von dem Gedanken ablassen, die Muslime in Deutschland seien eine homogene Gruppe. Bezüglich der Wahrnehmung des Islams in der deutschen Mehrheitsgesellschaft handle es sich nicht um Feindbilder, sondern vielmehr um Ängste, so Körting weiter. Kılıçarslan merkte an, dass diese Ängste durchaus ernst zu nehmen seien und dass sich eine zunehmende Islamophobie in der Gesellschaft abzeichne. Dantschke ergänzte die Diskussion mit einigen Ergebnissen wissenschaftlicher Untersuchungen: Demnach liegt in Deutschland die

Zahl der Menschen, die dem Islam negativ gegenüberstehen, über dem europäischen Durchschnitt. 52% der Deutschen denken, dass der Islam eine intolerante und mit der Demokratie unvereinbare Religion ist. In Holland denken gut 46% der Menschen so. Außerdem sind in Deutschland 46% der Menschen der Ansicht, dass es zu viele Muslime in Deutschland gibt, während diese Vorstellung in Frankreich nur von 36% geteilt wird. Dantschke merkte außerdem an, dass der Islam für viele gesellschaftliche Probleme als Sündenbock herhalten müsse.

### **3. Ausländerrechte in Deutschland**

**Die türkische Presse setzte sich im März erneut mit den Themen der Visapflicht für Türkischstämmige und der Anerkennung ausländischer Diplome auseinander. Auch Neuerungen im Staatsbürgerschaftsrecht und Kindergeldzahlungen bei Auslandsaufenthalten wurden behandelt.**

#### **Entzug der Staatsbürgerschaft**

Die konservative **SABAH** informiert am 03.03. über ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zum Thema Staatsbürgerschaft. Demnach darf ein EU-Land bewusst falsch gemachte Angaben im Einbürgerungsprozess durch Entzug der neu erteilten Staatsbürgerschaft sanktionieren, auch wenn hieraus eine Staatenlosigkeit der betroffenen Person resultiert. Grund für das Urteil des EuGH war die Einbürgerung eines Österreicherers in Deutschland. Bei seiner Einbürgerung hatte er verschwiegen, dass in seinem Heimatland ein Ermittlungsverfahren gegen ihn lief. Die konservative **HÜRRIYET** berichtet über dasselbe Thema unter der Überschrift „Das Urteil ist eine Ohrfeige“.

#### **Diplomanerkennung weiter offen**

Unter dem Titel „Die blutende Wunde Deutschlands“ behandelt die liberale **MILLIYET** (04.03.) die noch ausstehende Anerkennung ausländischer Diplome in Deutschland. Laut der Frankfurter Rundschau beläuft sich die Zahl von Menschen, deren ausländisches Diplom in Deutschland nicht anerkannt wird, auf geschätzte 800.000.

### **Visapflicht für türkische Touristen**

Die liberal-islamische **ZAMAN** (10.03) greift unter dem Titel „Weniger türkische Touristen wegen harter Visapolitik“ die Debatte um die Visapflicht für türkische Touristen in Deutschland erneut auf. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes seien im vergangenen Jahr 15,6% weniger Menschen aus der Türkei für einen Besuchsaufenthalt nach Deutschland gekommen. Laut Memet Kılıç, dem migrations- und integrationspolitischen Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, ist dieser Rückgang auf die harte Visapolitik Deutschlands zurückzuführen. Der Bundestagsabgeordnete kritisiert diese Umgangsart mit der Türkei vor allem vor dem Hintergrund, dass sich die Türkei in Beitrittsverhandlungen mit der EU befindet. Zur Visapflicht titelt die **HÜRRIYET** (24.03.) „Ein visafreies Europa hat noch Zeit“ und zitiert damit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Diese Aussage begründete Merkel vor allem damit, dass an den türkischen Landesgrenzen noch ein Sicherheitsproblem in Form von illegaler Immigration aus Ländern wie dem Iran, dem Irak und Georgien herrsche. Am 25.03. schreibt die **SABAH** „Deutschland ist bei Visumsfolter Führer“ und führt einen Bericht der Türkischen Kammer- und Börsenunion an. Demzufolge nimmt Deutschland auf der Beschwerdeliste türkischer Staatsbürger über das Verfahren der Visavergabe den ersten Platz. Ähnliche Unzufriedenheit herrsche auch mit den Vergabeverfahren in Großbritannien (Platz 2), gefolgt von Frankreich.

### **Kindergeld auch bei Bildung im Ausland**

Die **ZAMAN** berichtet am 13.03. über den Fall eines türkischstämmigen Jugendlichen aus Nürnberg, der nach seinem Realschulabschluss in Deutschland seine Schulausbildung in der Türkei fortgeführt und anschließend dort ein Studium aufgenommen hatte. Die Nürnberger Familienkasse hatte sich daraufhin geweigert, weiter Kindergeld für Hasan Doğan zu zahlen, da er seine Schulausbildung im Ausland fortführte. Auf Klage des Jugendlichen hin, dessen gesamte Familie seit 1994 die deutsche Staatsbürgerschaft hat, entschied das Nürnberger Finanzgericht, dass ein Anspruch auf den Bezug von Kindergeld besteht, auch wenn die Schulausbildung im Ausland fortgeführt wird. Dieses Urteil ist u.a. an die Bedingung gebunden, dass die betroffene Person einen Wohnsitz in Deutschland hat und ihre Ferien in Deutschland verbringt.

### **SPD räumt Fehler ein**

Im Europateil titelt die **HÜRRIYET** (19.03.) „Der Einbürgerungstest war ein Fehler!“ und zitiert damit den SPD-Generalsekretär Sigmar Gabriel. Gabriel habe eingeräumt, dass die Einführung des Sprachtests bei der Familienzusammenführung ein Fehler gewesen sei. Für die Zukunft beteuerte er, dass sich die SPD für die doppelte Staatsbürgerschaft sowie für das kommunale Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten einsetzen werde.

### **4. Studien und Berichte über Integration**

**Türkische Zeitungen befassten sich im März mit den Ergebnissen verschiedener wissenschaftlicher Studien zu den Themen Diskriminierung und Ausgrenzung von Migrantinnen und Migranten sowie erneut mit der Abwanderungstendenz Türkischstämmiger aus Deutschland.**

#### **Diskriminierung von Muslimen in Europa**

Die **SABAH** informiert am 04.03., dass jeder dritte Mensch muslimischen Glaubens in Europa diskriminiert wird. Dies ist das Ergebnis einer Studie, die der Forscher Jens Schneider an der Universität Amsterdam durchgeführt hat. Primäre Gründe der Diskriminierung sind in der Regel Konfession sowie Ethnie, fand die Studie heraus. Belgien und Deutschland sind laut der Studie die Länder, in denen Muslime am häufigsten diskriminiert und ausgegrenzt werden.

#### **Der Zusammenhang von Diskriminierung und Zugehörigkeitsgefühl**

Im Zusammenhang mit den festgestellten Diskriminierungstendenzen gegenüber muslimischen Menschen in Europa berichtet die **TÜRKIYE** (05.03.) über eine Studie des Open Society Institutes in London. Die Studie ergab, dass persönliche Erfahrungen mit Diskriminierung das Zugehörigkeitsgefühl maßgeblich beeinflussen: Die betroffenen Menschen entwickeln kein Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland, sondern fühlen sich eher ihrem Stadtteil oder ihrer Stadt verbunden. Der Staat spielt beim Zugehörigkeitsgefühl also nur eine sekundäre Rolle, so das Ergebnis der Studie.

## **Rückgang der türkischen Bevölkerung in Deutschland**

Die **SABAH** (05.03) berichtet unter dem Titel „Türkische Bevölkerung in Deutschland wird weniger“ über die Ergebnisse einer vom Statistischen Bundesamt erstellten Studie zur ausländischen Bevölkerung in Deutschland. Diese ergab, dass Ende 2009 1.658.000 Menschen türkischer Nationalität in Deutschland lebten. Verglichen mit dem Vorjahr entspricht diese Zahl einem Rückgang von 1,8%, so der Bericht. Als möglichen Grund für diesen Rückgang gab die Zeitung das verschärfte Ausländerrecht in Deutschland an.

## **Ausgrenzung von Schülern mit Migrationshintergrund**

Am 11.03. behandelt die **MILLIYET** eine Studie der Bertelsmann Stiftung, die Ausgrenzungstendenzen in der Schule thematisiert. Die repräsentative Studie ergab, dass sich 50% der Jugendlichen mit Migrationshintergrund gegenüber ihren einheimischen Mitschülern benachteiligt fühlen. Zu den Gründen der schlechteren Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund gab nahezu die Hälfte der Befragten die Herkunft und fast 40% der 16- bis 24-Jährigen sprachliche Defizite als Begründung an. 37% waren der Ansicht, dass der Auslöser die fehlende elterliche Unterstützung bei den Hausaufgaben sei.

## **5. Türkei-Besuch der Bundeskanzlerin**

**Der zweitägige Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Türkei war Gegenstand zahlreicher Meldungen in den türkischen Tageszeitungen. Vor allem Aussagen zum Verhältnis von Türkei und EU standen im Fokus.**

Die Tageszeitung **ZAMAN** berichtet am 30.03. von positiven Signalen, die die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem Ankara-Besuch nach vier Jahren gegeben habe. In Begleitung der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Maria Böhmer, und mehreren Geschäftsleuten kam Merkel am ersten Tag ihrer Türkei-Reise mit Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan zusammen. Anschließend wurde sie von

Staatspräsident Abdullah Gül empfangen, der bekräftigte, dass das Ziel der Türkei eine EU-Vollmitgliedschaft sei. Er mahnte die deutsche Bundeskanzlerin, dass Berlin nicht den Weg der Türkei in die EU versperren solle.

**HÜRRIYET** verweist darauf, dass die Bundeskanzlerin bei der Bewertung der EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei das Prinzip "pacta sunt servanda" (Verträge sind einzuhalten) betont habe. Demnach sei vor allem die Umsetzung der Ankara-Protokolle von besonderer Bedeutung: das Zypern-Problem müsse gelöst werden.

**SABAH** berichtet, dass Angela Merkel bei der gemeinsamen Pressekonferenz im Anschluss an das Gespräch mit Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan grünes Licht für die Öffnung von türkischen Schulen in Deutschland gegeben habe, die sie im Vorfeld der Reise noch abgelehnt hatte.

**MILLIYET** zufolge (31.03) habe die Bundeskanzlerin Merkel in Istanbul gesagt, dass sich die Bundesregierung um eine Visa-Erleichterung für türkische Geschäftsleute, Studenten und Künstler bemühen werde. Die deutsche Delegation mit Merkel habe im Dolmabahce Palast am türkisch-deutschen Arbeitsforum teilgenommen. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hatte zuvor in Ankara vor Merkel seine Erwartung nach einer Visa-Freiheit für türkische Bürger zum Ausdruck gebracht. Die Bundeskanzlerin wiederum hatte eine gemeinsame Bewertung des Themas sowie die Entwicklung einer Methode angekündigt. Nach Ansicht von Merkel, gebe sich die Türkei um die Visa-Freiheit große Mühe. Bei einem möglichen Voranschreiten bei den Arbeiten könnte vor allem Studenten, Unternehmern und Künstlern ein langfristiges Visum ausgestellt werden, was nach Ansicht der Bundeskanzlerin im Interesse beider Länder läge.

## **6. Deutsch-türkische Lebenswelten**

**Verschiedene Themen, die die Lebenswelt Türkischstämmiger in Deutschland prägen, wurden auch im März wieder in den türkischen Zeitungen behandelt.**

### **Lehrer mit Migrationshintergrund**

„Die Zahl der Lehrer mit Migrationshintergrund ist noch immer zu gering“. Mit diesen Worten zitiert die **MILLIYET** am 09.03. die nordrhein-westfälische Erziehungsministerin Barbara Sommer. Während bereits 30% der Schülerschaft in Nordrhein-Westfalen einen Migrationshintergrund aufweisen, liegt der entsprechende Wert bei den Lehrkräften bei gerade einmal 1%. Sommer habe zum Ziel, künftig mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für den Lehrberuf zu gewinnen, da diese als Mittler den Integrationsprozess positiv beeinflussen.

### **Polizeibeamte lernen Türkisch**

Am 05.03. berichtet die **SABAH** unter dem Titel „Deutsche Polizei lernt Türkisch“ über ein von der Türkischen Gemeinde zu Berlin (TGB) initiiertes Projekt in Berlin. Im Rahmen dieses Projektes werden 14 Polizistinnen und Polizisten, die überwiegend in den Berliner Stadtbezirken Kreuzberg und Neukölln arbeiten, 12 Wochen lang Türkisch lernen. Ähnliche Projektvorhaben für weitere Berufsgruppen und Städte seien bereits in Planung, so der TGB-Vorsitzende Bekir Yilmaz.

### **Filmfestival in Nürnberg**

Die **SABAH** (04.03.) informiert über das 15. Filmfestival Türkei/Deutschland, das zwischen dem 04. und 14. März in Nürnberg stattfindet. Für die erwarteten 10.000 Festivalbesucher stehen insgesamt 75 Filme aus Österreich, Deutschland und der Türkei sowie diverse Spielfilm- und Kurzfilmwettbewerbe auf dem Programm.